

Körner, Heiko

Article — Published Version

Soziale Marktwirtschaft in der pluralistischen Gesellschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Körner, Heiko (2008) : Soziale Marktwirtschaft in der pluralistischen Gesellschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 88, Iss. 4, pp. 237-241, <https://doi.org/10.1007/s10273-008-0776-8>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/42940>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Heiko Körner

Soziale Marktwirtschaft in der pluralistischen Gesellschaft

Der Inhalt der Leitkonzeption „Soziale Marktwirtschaft“ hat sich langfristig gewandelt. Worin besteht der Unterschied zwischen ihrer früheren und ihrer heutigen Bedeutung? Entspricht das ursprüngliche Konzept noch den geänderten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bedingungen? Wie kann es an die aktuellen Verhältnisse angepasst werden?

Zumindest in den Industrieländern Westeuropas, die durch wirtschaftlich und gesellschaftlich stark differenzierte Strukturen charakterisiert sind, hat sich auch die Rhetorik der politischen Parteien im Kampf um Wählerstimmen verändert. Das lässt sich in Deutschland gut anhand der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Leitkonzeption „Soziale Marktwirtschaft“ belegen: Ursprünglich als ein ethisch begründetes Grundsatzprogramm der Wirtschaftspolitik konzipiert, dient sie heute als ein – je nach Lage und Notwendigkeit zu konkretisierender – Sammelbegriff für pragmatisch angelegte politische Programme, die darauf abzielen, die Wähler der „politischen Mitte“ in die jeweiligen Lager zu ziehen.

Typisch für solchen wirtschaftspolitischen Populismus sind die einschlägigen Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden einer der im Bundestag vertretenen großen Volksparteien, wenn er feststellt: „Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft und nicht der reinen Marktwirtschaft. Bei allem Vertrauen in die Kräfte des Marktes ist für uns sozialer Ausgleich notwendig.“¹ Hier geht es nun nicht darum, wer diese Aussage zu verantworten hat. Mit ihr könnten sich die Repräsentanten aller großen Parteien identifizieren. Von wesentlicher Bedeutung ist es vielmehr zu erkennen, dass diese Feststellung mit dem ursprünglichen Inhalt der Konzeption Soziale Marktwirtschaft kaum mehr gemein hat als den Titel.

Im Folgenden soll zunächst der Frage nachgegangen werden, worin der Unterschied zwischen dem früheren und dem heutigen Wortgebrauch besteht. So dann ist zu diskutieren, ob die ältere Konzeption überhaupt noch den modernen Gegebenheiten entspricht.

Daraus ergibt sich schließlich die Aufgabe, wie – wenn der Begriff Soziale Marktwirtschaft wieder im traditionell normativen Sinne verstanden werden soll – diese Konzeption an die aktuellen Verhältnisse angepasst werden kann.

Additive Auffassung oder ganzheitlicher Ansatz?

Nach heutigem Verständnis verbirgt sich hinter dem Begriff Soziale Marktwirtschaft eine rein additive Auffassung: Der marktwirtschaftliche Prozess und die sozial-staatliche Intervention sind insoweit komplementär, als der erstere die Ressourcen für die letztere bereitstellt, die letztere nun aber das Funktionieren des ersteren garantiert, indem die marktverursachten Anpassungslasten möglichst gerecht auf die beteiligten Akteure verteilt werden. Typisch ist für diese Interpretation, dass es keine grundsätzliche Scheidelinie zwischen Markt und sozialstaatlicher Intervention gibt. Diese ist pragmatisch bestimmt: Für den Markt ist sie dort gegeben, wo die gefühlten Anpassungslasten die wirtschaftlichen Vorteile der Konkurrenz überkompensieren. Für das sozialstaatliche System ist sie da, wo Transfers kontraproduktiv werden und (in der Folge) nicht mehr finanzierbar sind. So sind einer freien Kombinatorik je nach Lage keine Grenzen gesetzt. Im Kampf um die politische Mitte erscheinen alle Kombinationen möglich, die den aktuellen wirtschaftlichen Gegebenheiten und dem Wunsch der Wähler angemessen sind.

Eine solchermaßen technokratische Interpretation von Sozialer Marktwirtschaft entspricht aber keineswegs der ursprünglichen Konzeption. Diese ist bekanntlich nicht als additives Konstrukt konzipiert gewesen, als das sie heute dargestellt wird. Die originale Konzeption Soziale Marktwirtschaft geht von einem ganzheitlichen Ansatz aus, in dem die Freiheit der ein-

Prof. Dr. Heiko Körner, 75, ist emeritierter Professor am Institut für Volkswirtschaftslehre der Technischen Universität Darmstadt.

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 281 vom 3. Dez. 2007, S. 2.

zelwirtschaftlichen Aktivität auf Märkten und solidarischer Ausgleich gesellschaftlicher Lebenschancen sich gegenseitig bedingen. Walter Eucken hat zudem mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass wirtschaftliche Freiheit ohne die Gewährleistung politischer Freiheit nicht gesichert werden kann, weil die Ordnungen von Wirtschaft und Gesellschaft nicht nur in der Praxis, sondern auch im Hinblick auf den ethischen Hintergrund interdependent sind.² Diesen Hintergrund bildet die von allen „Vätern der Sozialen Marktwirtschaft“ – also z.B. Eucken, Erhard, Müller-Armack, Röpke und Rüstow – geteilte Überzeugung, dass dem einzelnen Menschen eine unabdingbare Würde zukommt, die jeglicher Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik als höchstes, schützenswertes Gut vorausgesetzt ist.³

Da die Menschenwürde und die aus ihr abgeleitete individuelle Freiheit – wie die historische Erfahrung zeigt – stets bedroht sind, bedarf es quasi einer unparteiischen Instanz, die die spontanen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesse so reguliert, dass die Freiheit auf Märkten und der solidarische Chancenausgleich stets in ein optimales Verhältnis gebracht werden können. Das kann – nicht nur nach Euckens Meinung – allein durch starke staatliche Institutionen gewährleistet werden, die auf eine ganzheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik verpflichtet sind. Dies ist schon aus pragmatischen Gründen notwendig, um auf diese Weise die störenden Nebeneffekte zu minimieren, die einzelne Partialpolitiken auf benachbarte Politikfelder ausstrahlen können. Darüber hinaus kann nur ein ganzheitlicher Politikansatz, der auf das Wohl aller Bürger abzielt, den gesellschaftlichen Frieden durch den Ausgleich divergierender Interessen stiften und erhalten. Die hieraus abzuleitende Wirtschaftspolitik ist in erster Linie Ordnungspolitik, die sich nicht an partiellen Interessen und Gruppen orientiert.⁴

Wegen des Freiheitsprinzips muss die Macht des von Eucken geforderten starken Staates allerdings begrenzt werden. Das wird – der Konzeption Sozialer Marktwirtschaft zufolge – durch einen dezentralen Politikansatz bewirkt, der sich aus dem Subsidiaritätsprinzip ergibt. Die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik soll sich demnach lediglich auf jene Probleme konzentrieren, die Individuen nicht eigenständig bewältigen können und allgemein die Rahmenbedingungen des individuellen Handelns langfristig sichern. Die so

² Vgl. Walter Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik (rde-Ausg.), Hamburg 1959, S. 111 ff.

³ Vgl. zusammenfassend Heiko Körner: Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft, in: Michael von Hauff (Hrsg.): Die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft, Marburg 2007, S. 15 ff.

⁴ Vgl. Walter Eucken, a.a.O., S. 187 ff.

umrissenen Prinzipien der Konzeption Sozialer Marktwirtschaft – Prinzip der individuellen Freiheit und des Wettbewerbs, Existenz eines starken, verfassungsmäßig legitimierten Staates als Hüter der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, Anerkennung der Privatinitiative durch das Subsidiaritätsprinzip und solidarischer Chancenausgleich – sind grundsätzlich offen für eine Ausgestaltung je nach den in einer bestimmten historischen Situation vorherrschenden Gegebenheiten. Deshalb ist die ursprüngliche Konzeption auch in vielen Zügen geprägt durch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse der fünfziger und sechziger Jahre, als das Programm Sozialer Marktwirtschaft in der „alten Bundesrepublik“ die herrschende Politikkonzeption war. Diese folgte im Wesentlichen den schon im Kaiserreich nach 1871 eingeschlagenen Pfaden: Dem Staat kam die Hauptrolle als Träger einer produktiven (vor allem einer struktur- und industriepolitisch agierenden) Ordnungspolitik zu; die Regulierung des wirtschaftlichen Ablaufs blieb in der so „organisierten Marktwirtschaft“ den Wirtschaftsverbänden vorbehalten. Aus solchen Ansätzen war nach dem Zweiten Weltkrieg das für die junge Bundesrepublik typische Modell des „Rheinischen Kapitalismus“ entstanden, das durch eine verbandlich organisierte Marktwirtschaft, eine Lebenschancen ausgleichende Sozialpolitik im Zusammenspiel der großen sozialpolitischen Institutionen und eine durch die großen Volksparteien gewährleistete Konsensdemokratie gekennzeichnet war.⁵

Offene Gesellschaft

Kann die ursprüngliche Konzeption Sozialer Marktwirtschaft unter heutigen Gegebenheiten neu belebt werden? Auf den ersten Blick ist diese Frage zu verneinen. Denn spätestens seit der Vereinigung Deutschlands sind die Grundzüge des „Rheinischen Kapitalismus“ verblasst. Unter dem Einfluss der Bildung eines Europäischen Binnenmarktes und der Internationalisierung bzw. der Globalisierung aller wirtschaftlichen Dispositionen hat die Bedeutung des Nationalstaates als Träger der Wirtschaftspolitik abgenommen, sei es, weil wirtschaftspolitische Kompetenzen an die EU übergegangen sind, sei es, weil sich die Problemfelder der Politik internationalisiert haben. Die nationalstaatlichen Politikträger sind aber nicht nur deshalb schwächer geworden. Wegen des Erstarkens der einzelnen, oft global agierenden Produzenten und Financiers haben die wirtschaftspolitischen Institutionen zusätzlich an Durchsetzungsfähigkeit verloren. Sie sind auf

⁵ Vgl. Werner Abelshäuser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004, S. 28 ff., S. 315 ff., S. 449 ff.

Verhandlungen mit den großen privatwirtschaftlichen Akteuren angewiesen, wenn sie politische Ziele verwirklichen wollen.⁶ Von einem „starken Staat“ Euckenscher Prägung kann also heute keine Rede mehr sein. Dementsprechend hat sich die Wirtschaftspolitik auf die Regulierung und Stimulierung der Aktivitäten auf einzelnen Problemfeldern zurückgezogen, z.B. der Arbeitsmarktpolitik, der Verkehrs-, Infrastruktur- und Energiepolitik. Eine umfassend gesamtwirtschaftlich orientierte Politik gibt es nur noch im monetären Sektor. Gerade dieser ist aber nationalstaatlichen Eingriffen entzogen.

Auch auf der Ebene des Gesellschaftssystems sind die Folgen eines langanhaltenden Differenzierungsprozesses unübersehbar geworden: Unter dem Druck der zunehmenden äußeren (transnationalen) und inneren Flexibilität der Individuen ist die für die „alte Bundesrepublik“ typische „Versäulung der Gesellschaft in große durch gemeinsame Interessen oder sozio-kulturelle Hintergründe integrierte Korporationen“ (Dahrendorf)⁷ in eine offene Gesellschaft übergegangen, die dem Einzelnen weite materielle und geistige Aktionsspielräume eröffnet, allerdings auch hohe Flexibilität abfordert.⁸ Diese Tendenz wird noch verstärkt durch die Prozesse der Heterogenisierung, die für eine Zuwanderungsgesellschaft, wie die deutsche, kennzeichnend sind. Dabei überlagern sich diverse Wert- und Welterfahrungssphären, was zur Entstehung parochialer Subkulturen führt und für den Einzelnen zur Fragmentierung der Identität und damit zur Bildung sogenannter Patchworkidentitäten.⁹ Solche Konstellationen sind natürlich anfällig für Konflikte, die die Stabilität der Gesellschaft durchaus gefährden können. Denn eine flexible, hochmobile Gesellschaft bedarf der Kohärenz der Hintergrundüberzeugungen als friedensstiftendes Korrektiv.¹⁰ Eine auf Stabilität ausgerichtete Gesellschaftspolitik findet hier kaum Ansatzpunkte, weil die verschiedenen parochialen Gruppen eine einheitliche Kommunikation nicht zulassen.

⁶ Vgl. Fritz W. Scharpf: Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des Zwanzigsten Jahrhunderts, in: Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Staat und Demokratie in Europa, Opladen 1992, S. 93 ff.; ferner Heiko Körner: Der langsame Abschied vom Interventionsstaat: Von der zentralen Steuerung zur strategischen Wirtschaftspolitik, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 39. Jahr, Tübingen 1994, S. 9 ff.

⁷ Vgl. Ralf Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München 1965, S. 130 ff.

⁸ Vgl. Richard Sennett: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin 2000, insbes. S. 57 ff.

⁹ So Hans Joas: Die Entstehung der Werte, Frankfurt a. M. 1999, S. 237 ff.

¹⁰ Vgl. Kenneth Newton, Dietlind Stolle: The cost of multiculturalism, in: WZB Mitteilungen, Nr. 118, Dez. 2007, S. 14 ff.

Wirtschaftspolitik aus einem Guss

Wie also lässt sich die Konzeption Soziale Marktwirtschaft unter solchermaßen veränderten Umständen wiederbeleben? Der erste Schritt ergibt sich aus der Rückbesinnung auf die konstituierenden Prinzipien der wettbewerbsorientierten Wirtschaftspolitik, wie sie durch Eucken formuliert worden sind.¹¹ Wesentliche Leitsätze sind hier, dass

1. die staatliche Ordnungspolitik das Prinzip der offenen Märkte ohne Rücksicht auf die partiellen Interessen einzelner Branchen und Interessenkartelle durchsetzen muss und
2. die Priorität der privaten Eigentumsverhältnisse auch dort gewahrt bleibt, wo z.B. Fragen der Versorgungssicherheit und/oder des Umweltschutzes zu lösen sind.

Deshalb sollen Marktregulierungen (Preispolitik) ausgeschlossen werden. Die Wirtschaftseinheiten sind indirekt auf die gesetzten Ziele zu orientieren. Um unerwünschte Nebenwirkungen, die von einem Politikfeld auf das andere ausgehen, zu minimieren, soll die Interdependenz der Märkte in der Gesamtwirtschaft stärker beachtet werden. So kann regelloser Interventionismus, der wegen widersprüchlicher Partialpolitiken kontraproduktiv wirkt, ausgeschlossen werden. Wirtschaftspolitik soll deshalb aus „einem Guss“ entwickelt werden, sich auf einfach zu vermittelnde Grundentscheidungen beziehen und im Zeitablauf möglichst konstant sein. So sichert sie den einzelnen Wirtschaftseinheiten Transparenz, Vertrauen in die spontanen Marktprozesse und Zukunftschancen.

Eucken hat zwar das Prinzip der „Interdependenz der Ordnungen“ auf die grundsätzlich zu beachtende Kohärenz zwischen der demokratischen Ordnung und der Wettbewerbsordnung bezogen.¹² Jedoch gilt dieses Prinzip natürlich auch für das Verhältnis von Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik. Letzere hat sich in Deutschland seit Mitte der sechziger Jahre zu einem gesellschaftspolitischen Sonderbereich entwickelt, der nicht mehr an der Ergänzung der Marktergebnisse durch Transfers orientiert ist, sondern dem Prinzip der Mindestversorgung jedes Bürgers gehorcht.¹³ Damit wurde der Weg zur Durchsetzung eines steuerfinanzierten Bürgereinkommens eingeschlagen, das nur noch indirekt abhängig von Marktprozessen

¹¹ Walter Eucken, a.a.O., S. 160 ff.

¹² Walter Eucken, a.a.O., S. 124 ff.

¹³ Vgl. Richard Hauser: Die sozialpolitische Entwicklung von Mitte der 60er bis Ende der 80er Jahre, in: Karl Acham et al. (Hrsg.): Der Gestaltungsanspruch der Wissenschaft, Stuttgart 2006, S. 49 ff.

ist: Das Band zwischen Einkommensentstehung und -verteilung ist zerschnitten. Da die Ordnungen der Märkte und der Sozialen Sicherung aber nicht unabhängig voneinander sind, ist eine langfristige Koexistenz von dezentralen Abläufen auf Märkten und zentral gesteuertem Verteilung kaum denkbar, ohne dass die marktwirtschaftliche Ordnung gestört wird. Man kann deshalb Euckens Hinweis, dass die einzige marktkonforme Sozialpolitik die ist, die das Marktergebnis nachträglich umverteilt, ohne es durch Regulierungen zu verfälschen,¹⁴ nicht ernst genug nehmen, wenn es um die Neubelebung der Sozialen Marktwirtschaft geht. Sicherlich stellt sich in einer reichen Industriegesellschaft wie der deutschen auch die Aufgabe, den Einzelnen so am wirtschaftlichen Erfolg der Gesamtheit zu beteiligen, dass eine wirksame Partizipation am Wirtschafts- und Gesellschaftssystem möglich ist. Da diese Teilhabe aber nicht nur von der materiellen Ausstattung, sondern auch von der Verfügung über immaterielle Güter wie Humankapital abhängt, sollte die Sozialpolitik stärker auf die Förderung qualitativer Faktoren orientiert sein: Anstelle staatlicher Fürsorge muss eine marktkonforme Stärkung der jeweils individuellen Aktivitätspotentiale treten.¹⁵

Gesellschaftliche Akzeptanz

Selbst wenn die praktische Wirtschafts- und Sozialpolitik so organisiert würde, dass sie den ordnungspolitischen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft entspricht, wird sich diese Konzeption politisch nur durchsetzen lassen, wenn sie Akzeptanz in der Gesellschaft findet. Das ist unter den Bedingungen, die pluralistische Gesellschaften charakterisieren, vergleichsweise schwierig. Während die Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft noch selbstverständlich davon ausgingen, dass ihre gesellschaftsethischen Hintergrundüberzeugungen weitgehend geteilt würden und die Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft deshalb problemlos politisch gesetzt werden konnte, ist das heute nicht mehr gegeben. Solche Überzeugungen werden nun durch die Bürger selbst gebildet und zwar im Laufe von Diskursen zwischen den Einzelnen und gesellschaftlichen Gruppen über Grundwerte, Ziele und Spielregeln des politischen Prozesses.¹⁶ Nur auf diese Weise kann es

zu dem notwendigen Abgleich über eine konkrete Ausgestaltung des Verhältnisses von individueller Freiheit und solidarischem Chancenausgleich kommen, der für die Umsetzung der Konzeption in der Gesellschaft notwendig ist. Es gilt deshalb – allerdings auf der Basis der für alle Bürger und Bürgerinnen verbindlichen Grundwertsetzungen der Verfassung – dezentrale Verfahren zu finden, um die jeweiligen Wertevarianten der einzelnen Gruppen sowie die daraus entspringenden politischen Präferenzen in die gesamtgesellschaftliche Entscheidung einzubringen. So nur kann es zu Lösungen kommen, die praxisnah sind und zugleich als gerecht empfunden werden, weil sie den spezifischen Vorstellungen der einzelnen Gruppen entsprechen.

Der Grundidee der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft ist dieses Verfahren durchaus angemessen. Denn es berücksichtigt das für die Konzeption wesentliche Prinzip der Subsidiarität, wenn man dieses auch auf die horizontale Struktur der Gesellschaft ausweitet: Die einzelnen Teilgruppen einer Gesellschaft können den gegebenen Rahmen nicht nur entsprechend ihren Präferenzen und praktischen Bedürfnissen ausfüllen, sondern auch so gestalten, dass die Lösung jeweils als gerecht akzeptiert wird.¹⁷ Soziale Marktwirtschaft erweist sich damit gerade für pluralistische Gesellschaften als besonders geeignete Ordnung, weil sie über den Diskurs unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen gegenseitige Akzeptanz fördert.

Es ist zuzugeben, dass diese diskurstheoretische Interpretation durchaus idealistische Züge aufweist. Denn in der Praxis wird der Bürgerdiskurs häufig durch den Einsatz von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Macht so gestört, dass die Ergebnisse weder rational sind noch von der Mehrheit der Bürger als gerecht empfunden werden. Deshalb ist es unabdingbar, dass die diskursive Abwägung zwischen Freiheit und sozialer Gerechtigkeit ergänzt wird durch den Rekurs auf die verfassungsmäßige Verankerung der individuellen Freiheits- und Eigentumsrechte, die durch alle Mitglieder der Gesellschaft als bindend akzeptiert werden muss.¹⁸ Insoweit ist Euckens Hinweis, dass die Soziale Marktwirtschaft der Absicherung durch einen starken Staat bedarf, noch immer aktuell.

Schließlich ist zu bedenken, dass der gesellschaftliche Diskurs über die konkrete Ausgestaltung der

¹⁴ Walter Eucken, a.a.O., S. 179 ff.

¹⁵ Vgl. Nils Goldschmidt: Der Streit um das Soziale in der Marktwirtschaft, in: Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle Mönchengladbach (Hrsg.): Kirche und Gesellschaft, Nr. 344, 2007, S. 11 ff.

¹⁶ So Gerhard Lehmbuch: Nationen und Systemtypen in der vergleichenden politischen Ökonomie, in: Volker R. Berghahn, Sigurt Vitoils (Hrsg.): Gibt es einen deutschen Kapitalismus?, Frankfurt, New York, 2006, S. 86 ff., insbes. S. 91 f.

¹⁷ Vgl. Heiko Körner: Soziale Marktwirtschaft. Versuch einer pragmatischen Begründung, Walter Eucken Institut, Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, Nr. 7/2007, insbes. S. 15 ff.

¹⁸ Vgl. Viktor Vanberg: Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft zwischen Prinzipien- und Klugheitsfragen, in: Nils Goldschmidt, Michael Wohlgemuth (Hrsg.): Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft, Tübingen 2004, S. 3 ff., insbes. S. 6 f.

Ziele, die die Soziale Marktwirtschaft verwirklichen soll, ein schwieriger Lernprozess ist, selbst wenn das Freiheitsprinzip als oberster Wert gesetzlichen Schutz genießt. Denn die Fähigkeiten, derer die Bürgerinnen und Bürger bedürfen, wenn sie ihre Aufgaben als „demokratischer Mitgesetzgeber“ (Habermas) wirksam erfüllen sollen, sind nicht über alle Gruppen der Gesellschaft gleich verteilt, oft nicht einmal von Anfang an voll ausgebildet. Über das notwendige praktische Wissen hinaus bedarf es auch gesellschaftlicher Kompetenzen, um den Abgleich von wohlverstandenen eigenen Interessen und gemeinwohlorientierten Aspekten zu erreichen.¹⁹ Das kann nur durch ständiges Lernen auf der Ebene der Individuen, aber ebenso auf der Ebene der Gesellschaft erworben werden.

Die Konzeption Soziale Marktwirtschaft enthält damit eine dynamische Qualität, die der gegebenen Mobilität und Vielfalt in der heutigen Gesellschaft in hohem Maße entspricht. Sie kann nämlich ständig den gesellschaftlichen Konstellationen und veränderten wirtschaftlichen Randbedingungen angepasst werden. Ihre Gestaltungsoffenheit macht sie gerade für eine dynamische Gesellschaft attraktiv.

Fundamentale Grundsätze reaktivieren

Die Zukunftsfähigkeit der Konzeption Soziale Marktwirtschaft wäre also gesichert, wenn die fundamentalen Grundsätze der Ordnungspolitik in der Wirtschafts- und Sozialpolitik reaktiviert würden. Darüberhinaus ist sie auf eine Neukonzeption der wirtschafts- und sozialpolitischen Grundentscheidung durch Rückgriff auf die Institution des Bürgerdiskurses angewiesen. Dieser kann allerdings nur wirksam sein, wenn er verfassungsmäßig abgesichert und auf Seiten der gesellschaftlichen Teilgruppen gewollt und kompetent durchgeführt wird.

Das hierzu notwendige Wissen und die voraussetzende ethische Autonomie der Einzelnen, insbesondere das Streben nach freiheitlicher Lebensführung, sind erlernbar.²⁰ Insofern ist die Wiederbelebung der Konzeption Soziale Marktwirtschaft letzten Endes ein pädagogisches Programm, das jenseits aller technokratischen Optimierungsstrategien auf die qualitative Veränderung der Gesellschaft abzielt.

¹⁹ Vgl. Jürgen Habermas: Vorpolitische Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates?, in: Jürgen Habermas, Joseph Ratzinger: Dialektik der Säkularisierung, Freiburg 2005, S. 15 ff., insbes. S. 22 ff.

²⁰ So Thomas Buchheim: Unser Verlangen nach Freiheit, Hamburg 2006, S. 164 ff.